

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festschick.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Zornauerstr. 8, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amthliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, für Kleinanzeigen 30 Goldpfennig, einseitig, Umhängezettel, Scherzblätter und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezähle.

Nr. 96.

Donnerstag, den 11. August 1932.

35. Jahrg.

Wer wird Reichskanzler?

Adolf Hitler oder von Papen

Die Terror-Notverordnung erlassen — Monarchistischer Putsch in Madrid und Sevilla

Die Beratungen bei Hindenburg.

Mit der Ankunft des Reichspräsidenten in der Reichshauptstadt richtete sich die Aufmerksamkeit der politischen Welt auf die Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung. Wenige Stunden nach seiner Ankunft in Berlin am Mittwoch in der Frühe bei Hindenburg den Reichskanzler zum Vortrage empfangen. Herr von Papen erstattete den Bericht über die gesamte politische Lage, vor allem aber über die bisherigen Verhandlungen wegen der Regierungsumbildung. Dabei erwähnte natürlich die Forderungen der Nationalsozialisten im Vordergrund. Herr von Papen war tags zuvor durch Reichspräsidentenminister von Schleicher, der in den letzten Tagen mit Hitler verhandelt hatte, über die Wünsche und Forderungen der NSDAP unterrichtet worden. Der Reichspräsident hat in der einstündigen Unterhaltung mit dem Kanzler seine Entscheidung zur Regierungsumbildung dargelegt.

Mit dieser Besprechung des Kanzlers bei Hindenburg beschäftigte sich dann am Nachmittag das Reichskabinett in einer Sitzung, an der sämtliche Mitglieder der Regierung teilnahmen. Nach dieser Sitzung fanden neue Besprechungen beim Reichspräsidenten statt. Zu den Besprechungen des Kanzlers wurden auch Vertreter des Zentrums und der Deutschen Nationalen zugezogen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß entgegen der ursprünglichen Ansicht, auch der Reichspräsident Vertreter von Parteien empfangt. Allgemein nimmt man an, daß sich die Verhandlungen einige Tage hinziehen, und daß vor Ende der Woche keine Entscheidung fällt. Der Reichspräsident, der ursprünglich gleich nach der Verfassungsfestsetzung wieder abtreten wollte, hat sich entschlossen, noch einige Tage in Berlin zu bleiben.

Über die Augenblicklichen

Ausfichten der Verhandlungen

gehen die Meinungen noch sehr auseinander. Innerhalb kann man feststellen, daß die Meinungen Hitler wurde schließlich doch als Kanzler kommen, an Boden gewonnen hat. Man stellt sich die Entwicklung der Dinge so vor, daß Hitler vom Reichspräsidenten den Auftrag bekommt, ein von den Parteien unabhängiges Kabinett zu bilden. Man nimmt weiter an, daß Hitler zwei Vertrauensleute aus seiner Partei in die Regierung hereinnimmt — es werden die Namen Gregor Strasser und Hauptmann Göring genannt —, und daß im übrigen die bisherigen Verantwortlichkeiten der Regierung bleiben, nur bei anderer Verteilung der Ämter.

Das alles sind, wie gesagt, Meinungen politischer Kreise. Aber ein klares Bild der weiteren Entwicklung läßt sich noch nicht gewinnen, denn das letzte Wort hat der Reichspräsident, bei ihm liegt die Entscheidung.

Für eine überparteiliche Präsidialregierung

Die Verhandlungen des Reichskanzlers von Papen.

Das Reichskabinett trat am Mittwoch um 17 Uhr zu einer ausgedehnten Sitzung zusammen, die bis 19.30 Uhr dauerte. Eine amtliche Mitteilung über die Sitzung gibt über die in der Sitzung gefassten Beschlüsse keinen Aufschluß. In gutunterrichteten Kreisen unterrichtet man immerhin die Tatsache, daß die Entscheidung darüber, wer in der Hand des Reichspräsidenten liegt, der seinerseits allerdings der gespanntesten Lage im Innern wie auch im Hinblick auf die Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierungsbildung nach wie vor auf eine überparteiliche Präsidialregierung Wert legt. Die nachfolgenden Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteien werden daher auch in dieser Richtung liegen.

Noch für Mittwochabend hat Reichskanzler v. Papen den dienstlichen Parteiführer Dr. Hugenberg zu einer Besprechung gegeben. Donnerstags nachmittags empfängt der Reichskanzler den Zentrumsabgeordneten Dr. Förschmann den Staatspräsidenten Dr. Volz, Adolf Hitler möchte am Mittwoch noch nicht in Berlin. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Führer der NSDAP, erwartet man für Freitag vormittags.

Hitler fordert das Kanzleramt.

Die NSDAP, wieder ihre Forderungen an. Die Nationalsozialistische Parteiforespondenz bringt unter der Überschrift: „Regierungsbildung gemäß dem Wahlergebnis oder erneute Sabotage des Volkswillens“ u. a. folgende Anweisungen: „Der Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten hat der Reichskanzler der Reichstagsaufgelöst, nicht um sich die Notwendigkeit eines Präsidialkabinetts befähigen zu lassen, sondern ausdrücklich deshalb, weil die Zusammenlegung des Reichstages im Hinblick auf das künftige Anwachsen der NSDAP, nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach. Die Regierung von Papen, beruht zur Lösung einer selbsterfüllenden Aufgabe, — nämlich der, den Willen des Volkes verfassungsmäßig festzustellen und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine starke im Volk verankerte Reichsregierung — stand am 31. Juli außerhalb der Verfassung.“

Durch den Ausfall der Reichstagswahl ist der Wille des Volkes, der die nationalsozialistische Bewegung ermöglicht in der Führung des Staates leben will, erneut bestätigt worden; das deutsche Volk hat dem bisherigen System sein verächtliches Mißtrauen, wegen der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer Adolf Hitler einen Beweis seines Vertrauens ausgesprochen, der in der deutschen Geschichte einzig dasteht.

Dieser überwältigende Vertrauensbeweis kann seinen verfassungsmäßigen und politischen Niederschlag nicht in einer gemäßigt zugestanden unzureichenden Beteiligung an der Regierung finden, sondern nur darin, daß der Führer

Die Terror-Notverordnung

Die neue Notverordnung zur Bekämpfung des Terrors, die der Reichspräsident am Dienstagabend in Neudorf unterzeichnet, bringt scharfe Strafandrohungen für politische Gewalttaten. Für die schwersten Fälle wird

die Todesstrafe angedroht:

Das geltende Recht stellt die Todesstrafe vor für den Mord an dem mit Überlegung tödtet, und für schwere Sprengstoffverbrechen. Künftigen hat auch der sein Leben verurteilt, der ohne Überlegung in der Leidenschaft des politischen Kampfes, aus Eifer und Haß einen tödlichen Angriff auf seinen Gegner unternimmt oder einen Polizeibeamten oder einen Angehörigen der Wehrmacht tötet.

Auch der wird mit dem Tode bestraft, der durch eine Brandstiftung oder ein anderes gemeingefährliches Verbrechen den Tod eines Menschen verursacht.

Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren

trifft denjenigen, der eine schwere Körperverletzung durch Anwendung einer Schusswaffe oder bei einem tätlichen Angriff auf einen Polizeibeamten verursacht.

Die gleiche Strafe trifft alle, die sich am Aufbruch oder Landfriedensbruch in erschwerter Weise beteiligen.

Mit Zuchthaus wird künftig eine Reihe von Gewalttaten bestraft, die bisher nur mit leichten Strafen bedroht waren.

Alle aus politischen Beweggründen begangenen Körperverletzungen, wenn sie von mehreren gemeinschaftlich, mit einer Waffe oder einem gefährlichen Werkzeug verübt sind, ferner künftig unter Zuchthausstrafe; ferner alle Gewalttätigkeiten, die mit Schusswaffen begangen werden, und jeder tätliche Angriff auf einen Polizeibeamten, wenn er auch nur zu einer einfachen Körperverletzung geführt hat.

Zuchthaus ist ferner angedroht für die leichteren Fälle des Aufbruchs und des Landfriedensbruchs und, im Hinblick auf Vorkommnisse der letzten Zeit, für den aus politischen Beweggründen begangenen erschweren Hausfriedensbruch.

Um die neuen schweren Strafandrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, hat die Reichsregierung für

der nationalsozialistischen Bewegung vom Reichspräsidenten zur Führung eines Reichskabinetts der Verantwortlichkeit befreit wird, das der Stärke und Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung Rechnung trägt.

Parteipolitische Mißgunst und persönliche Schwierigkeiten aber, die sich einer solchen dem Sinne der Verfassung entsprechenden Lösung entgegenstellen, sind da, um sie zu überwinden zu werden.

Die Auffassung des Reichspräsidenten, den Charakter des Reichskabinetts als einer überparteilichen Regierung aufrechtzuerhalten, liegt durchaus auf der Linie der Auffassung der NSDAP, die keine Partei, sondern Volkspartei im besten Sinne ist und seit ihrem Verbot unaufrichtig für eine parteiübergreifende, aber im Volkswillens verurteilte Regierung kämpft.

Jeder Versuch einer Regierungsbildung nach anderen als diesen organischen Maximen, die heute im Reich politisch durchführbar sind, betrachtet die NSDAP, als erneute Sabotage des erklärten Volkswillens, der ihr unverwundlicher Kampf gelten wird.

Göring über die Forderungen der NSDAP.

Hauptmann Göring, der sich in Stockholm aufhält, um das Grab seiner schwedisch geborenen Frau zu besuchen, erklärte einem Pressevertreter u. a.: „Wir haben die absolute und selbstverständliche Forderung erhoben, daß Hitler Reichskanzler wird. Außerdem ist es in selbstverständlicher, daß die Nationalsozialistische Partei im Verhältnis zu ihrer Größe eine Reihe anderer wichtiger Posten der Reichsregierung belegen muß. Aller Reichskanzler ist nach General von Schleicher auch in einer Regierung bleiben, in der Hitler Kanzler ist. Aber von Papen kann man noch nichts sagen. Es ist falsch, wenn man behauptet, daß von Papen gegen die Nationalsozialisten feindselig geklimmt sei. Vermutlich wird von Papen an der neuen Regierung teilnehmen, doch nicht als Kanzler. Das Wort hat jetzt der Reichspräsident.“

diejenigen Bezirke, in denen dafür ein Bedürfnis hervorgetreten ist, im Benehmen mit der zuständigen Landesregierung Sondergerichte errichtet.

Die Sondergerichte.

Die Sondergerichte sind Gerichte des Bundes. Sie arbeiten nach einem bestimmten Verfahren. Ihre Urteile sind keinem Rechtsmittel unterworfen und deshalb sofort mit ihrer Verkündung rechtskräftig und vollstreckbar. Neben den durch die Verordnung des Reichspräsidenten neu geschaffenen Tatbeständen sind den Sondergerichten grundsätzlich auch alle früheren Fälle der im politischen Kampfe vorkommenden strafbaren Handlungen zugewiesen.

Fälle von minderer Bedeutung sollen jedoch in der Regel dem ordentlichen Verfahren zugewiesen werden. Es war ermoget, weitere strafverfahrensrechtliche Bestimmungen gegen diejenigen zu treffen,

die aus dem Hintergrund die Massen zu Gewalttätigkeiten aufreizen.

Einflussweisen ist jedoch von einer solchen Maßnahme mit Rücksicht darauf abgesehen worden, daß § 11 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 bereits Befugnisse nicht unter drei Monaten für den Verstoß, der öffentlich zu einer Gewalttat gegen eine bestimmte Person oder Sachen auffordert oder anreizt. Es wird nachdrücklich dafür getrotzt werden, daß diese Strafvorschrift gegen jedermann, auch gegen die Presse, die zu einem Teil in letzter Zeit in unverantwortlicher Weise gehandelt hat, unmissverständlich zur Anwendung gebracht wird.

Berlängerung des Burgfriedens.

Gleichzeitig mit der Notverordnung gegen den Terror hat der Reichspräsident noch eine andere Notverordnung unterzeichnet, in der die Verlängerung des politischen Burgfriedens bis Ende August angedroht wird. Die erste Verordnung für den Burgfrieden war vom 29. Juli und lief mit dem 10. August ab.

Reichsregierung gegen neue Amnestie.

In der Bevölkerung sind auch neuerdings von verschiedener Seite Forderungen auf eine umfassende Amnestie erweckt worden.

Noch immer Attentatsmeldungen

Die Reichsregierung erklärt, daß eine Amnestie-
erung politischer Straftaten in irgendwelchem
Gegensatz zu ihrer mit den neuen Verordnungen erfolgten
Absicht stehen würde, politische Gewalttaten unna-
chlässig mit den schärfsten Maßnahmen zu be-
kämpfen. Sie wird diesen Standpunkt schon etwa auf-
tauchenden Wunsch nach einer Amnestie mit Nachdruck ent-
gegenstellen.

Der Kampf vor die Sondergerichte?

In der Verordnung über die Bildung von Sonder-
gerichten zur schnellen Aburteilung der Straftaten bei
politischen Zerwürfungen sind nun die näheren Ver-
ordnungen erschienen. Der Paragraph 2 stellt fest, welche
Fälle vor die Sondergerichte kommen müssen. Die Sonder-
gerichte sind zuständig:

Für die Verbrechen gegen die Verordnung zur Be-
kämpfung des politischen Terrors vom 9. August 1932.

Für die Verbrechen gegen das Leben (Mord und
Totschlag).

Für die Verbrechen und Vergehen gegen das Gesetz
gegen den Verbrechens- und gemeingefährlichen Ge-
brauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884.

Für die Verbrechen und Vergehen des Wider-
standes gegen die Staatsgewalt, wider die
öffentliche Ordnung, des Raubes und der Erpressung, für
die gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen.

Für die Verbrechen und Vergehen der gefährlichen
und der schweren Körperverletzung, des Kauf-
handels und der Giftbeimischung, für die Verbrechen
und Vergehen der Freiheitsberaubung, der Nötigung
und der Verdröhung, für die Vergehen der Sach-
beschädigung.

Für das Vergehen gegen die Verordnung vom
11. November 1920, betreffend die Aburteilung von
Verbrechen, welche die Bevölkerung mit Gas, Wasser,
Elektrizität verletzten.

Für die Vergehen gegen die Gesetze über Schuß-
waffen, Munition und Waffenselbstschutz,

für die Vergehen gegen die Verordnung gegen poli-
tische Ausschreitungen und gegen die Verordnung über
Veranlassungen und Aufzüge, Aufreißung zum Feuer-
streik.

Als die Tat nicht aus politischen Bewegun-
gen und bezeugen, oder ist ihre tatsächliche Beurteilung
für die Staatsicherheit von minderer Bedeutung, oder ist
der Täter ein Fremder, so kann die Behandlung im
ordentlichen Verfahren erfolgen.

Die Sondergerichte sind mit einem Vorsitzenden
und zwei Beisitzern besetzt. Das Verfahren regelt sich
nach den Vorschriften für die Strafverfahren.
Zunächst ist das Sondergericht, in dessen Bezirk
der Verstoß stattgefunden hat, oder sich im Haft befindet.
Eine Verteilung ist nötig bei den Fällen, für
die sonst das Strafverfahren zuständig wäre. Eine gericht-
liche Vorermittlung findet nicht statt. Nach Eingang der
Anklageurkunde ordnet der Vorsitzende, wenn er keine Be-
denken hat, die Hauptverhandlung an.

Das Sondergericht kann eine Beweisüberprüfung
anordnen, wenn es die Überzeugung gewonnen hat,
daß die Beweisüberprüfung für die Klärung der Sache
nicht erforderlich ist.

Gegen Entscheidungen der Sondergerichte ist kein
Rechtsmittel zulässig. Über Anträge auf Wiederauf-
nahme des Verfahrens entscheidet die Straf-
kammer. Die Verhandlung im Wiedereröffnungsverfahren
findet vor dem zuständigen ordentlichen Gericht statt.
Das Verfahren, die beim Auftreten dieser Verordnung
abhängig sind und zur Zuständigkeit der Sondergerichte
gehören, werden, wenn die Hauptverhandlung bereits be-
gonnen hat, nach den allgemeinen Vorschriften weiter-
geführt.

Für die Urteile der Sondergerichte keine Amnestie!

So mancher, der nun den harten Spruch der Sonder-
gerichte zu fürchten hat, tröstet sich vielleicht mit dem Ge-
danken, daß der Verstoß eines Angeklagten, die politische
Verurteilung zu begründen, die Tore der Zuchthäuser und
Gefängnisse bald wieder öffnen werde. Diesmal, so be-
tont die Reichsregierung, ist es aber mit dieser Hoffnung
nicht zu rechnen. Von zukünftiger Seite wird erklärt:
Wenn ein Angeklagter, der vor den Sondergerichten verurteilt
worden ist, von den Sondergerichten verurteilt Strafen
frei zu werden, dann würde die Reichsregierung mit
allen ihr zu Gebote stehenden verfassungsmäßigen Mitteln
darauf dringen, daß der Amnestiebeschluss nicht zur
Durchführung komme. Diese Erklärung der Regie-
rung bezieht sich natürlich nicht auf die Amnestie für
Verstärker der Veranlasser.

Beilegung des Verfassens vor dem Staatsgerichtshof.

Von zuständiger Stelle verlautet: Auf Einladung des
Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes soll das Deutsche
Reich in die Verhandlung des Verfassens, Badenens,
Badens und des Reiches zu einer Besprechung über die
weitere Behandlung der drei schwebenden Verfassungs-
streitigkeiten zusammengetreten.

Es wurde allseitig der Wunsch nach möglicher Be-
ilegung geäußert. Die Maßnahmen, die der Be-
ilegung dienen können, wurden eingehend erörtert.
Insbesondere bestand Übereinkunft darüber, daß ein
möglichst baldiger Abschluß des Schriftwechsels der Par-
teien anzustreben ist.

Zunächst sieben Sondergerichte.

Die Sondergerichte werden zunächst eingesetzt in:
Augsburg, Berlin, Chemnitz, Dresden, Gera, Halle, Leipzig,
Münster, Paderborn und Regensburg.

Kein Verbot von Versammlungen
Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. Juli
(Versammlungsverbot), die ein Verbot von politischen
Versammlungen bis zum 10. August vorsah, wird nach der
neuen Verordnung vom Dienstag erst wieder vom 12.
bis einschließlich 31. August in Kraft gesetzt. Der
11. August, der Versammlungstag, ist ausdrücklich aus-
genommen, so daß also für diesen Tag ein Versammlungs-
verbot nicht besteht.

Bomben, Revolvergeschosse, Steinwürfe.

Das Sprengen konnte Verbrechen über neue An-
schläge, und zwar aus Düsseldorf, Heidenburg und
Erlangen.

In Düsseldorf wurden gegen die Wohnung des Stadt-
verordneten von Hebers, des Reichsanwalts
Dorff, der dem Vorstande der Reichspartei
angehörte, vier Revolvergeschosse abgegeben. Verletzt wurde
niemand. Zu gleicher Zeit wurde bei einem Tisch-
tennistisch, der ebenfalls der Reichspartei angehört, eine
Schaufensterscheibe durch einen Stein zertrümmert.

In Heidenburg wurde vor dem Reichsbau-
gebäude eine Bombe gefunden. Sie ist glücklicherweise
nicht zur Explosion gekommen.

In Erlangen wurde auf das Erlanger Verlagshaus
der in Nürnberg erscheinenden Freien Presse, in dem
auch das Büro der SPD, Erlangen und der sozial-
demokratischen Gewerkschaften untergebracht ist, eine
Bombe eingeschlagen. Unbekannte Täter warfen
eine Sprengbombe gegen die Fassade und eine andere
gegen das Fenster. Es wurde erheblicher Sachschaden an
dem Gebäude und in den Büroräumen angerichtet. Alle
Fenster der anliegenden Häuser sind zertrümmert.

Schießliche Attentate.

In Lauban explodierte vor dem Reichsamt eine
Stielhandgranate. Im Mauerwerk und Fenster-
scheiben wurde erheblicher Schaden angerichtet. Personen
wurden nicht verletzt.

In Leipzig wurde die große Spiegelglascheibe einer
Musikalienhandlung, in der eine Nebenstelle der Volksbuch-
handlung untergebracht ist, durch Steinwürfe zertrümmert.

Im Kreis Götting
wurden mehrere Anschläge auf Niederlagen des Kon-
sumvereins Götting und auf linksgerichtete Per-
sonen verübt.

In Weizel wurde eine Handgranate in das
Schlafzimmer eines Reichsbannermannes geworfen, der
Wann wurde leicht verletzt. Der Sachschaden ist erheblich.

In Altkloster wurde die Schaufensterscheibe
der dortigen Konsumvereinsniederlage mit einem Baum-
stamm eingeschlagen. Außerdem wurden mehrere Revolver-
geschosse abgegeben. Personen wurden nicht verletzt. Etwa
zur gleichen Zeit wurden Fenster mehrerer Häuser mit
Wassersteinen eingeworfen. Eine Frau wurde leicht
verletzt.

In Naumburg wurde ebenfalls durch Steinwürfe das
Schaufenster des Konsumvereins zertrümmert.

In Arnsdorf wurden auf die Häuser des Ge-
meindevorstehers und des örtlichen SPD-Führers
Revolvergeschosse abgegeben. Verletzt wurde nie-
mand.

In Reichenbach (Oberlausitz) wurden auf die
Wohnungen eines Reichsbannermannes und eines Lager-
halters der Landvolkgenossenschaft sieben Revolvergeschosse
abgegeben.

In Nietzsch (Oberlausitz) feuerten unbekannte
Täter vom Eisenbahnsteig aus sechs Revolvergeschosse
auf die Niederlage des Konsumvereins ab. Auch in
Witzsch (Kr. Ziegen) wurde auf die Konsumvereins-
niederlage geschossen.

In Bunzlau sind Schaufensterscheiben der Ge-
schäftsräume der Dresdner Bank, des Konsumvereins
und einer Getreidegroßhandlung durch Steinwürfe zer-
trümmert worden.

Bombenanschlag auf eine Buchhandlung in Sachsen.

Auf die Volksbuchhandlung in Freital bei Dresden
wurde ein Bombenanschlag verübt. Der Spreng-

körper, der durch eine Schaufensterscheibe geworfen wurde,
richtete im Innern des Ladens große Verwüstungen an.
Personen wurden nicht verletzt. Die Polizei stellte fest,
daß der Sprengkörper von einem mit zwei Personen besetz-
tem Motorrad aus geworfen worden ist.

Verhaftungen in Offenbach und in Köln.

Von der Offenbacher Polizei wurden wegen des
Sprengstoffanschlages gegen das Reichsamt in Mühl-
heim am Main sieben Kommunisten festgenommen.

Unter Oberstaatsanwalt verhaftet wurden in
Köln der Köln SPD-Führer Eder. Bei einer
Zuschußung seiner Wohnung fand man einen Koffer, in
dem, wie verlautet, hochverräterisches Material festge-
stellt wurde.

In Dillenburg wurde der 22jährige Reichs-
bannermann Siegfried Weg aus Soltau, Kreis
Singen, als er an seiner Wohnung in Soltau, durch
einen von der Straße ausgehenden Schuß, der die Fassa-
denverkleidung traf, schwer verletzt, da er kurz darauf starb.
In Dortmund wurden, wie die Polizei mitteilt,
aus einem Kraftwagen, an dem die Lichter ausgelöscht
waren, auf mehrere vor einer Wirtshaus in der Selligen-
gartenstraße lebende Personen vier bis fünf Schüsse ab-
gegeben. Der 22jährige Arbeiter Engelbert Schmitt
wurde von einer dieser Kugeln lebensgefährlich verletzt.
Der Angefallene trägt die Uniform des Kampfbundes
gegen den Faschismus* mit der dazugehörigen roten
Armbinde.

Die Sicherheitslage in Berlin.

In den letzten Tagen waren in Berlin viel Ge-
räusche im Umlauf, daß in der Umgebung von Berlin
Zusammenziehungen von SA-Formationen er-
folgten. Von zuständiger Stelle wird zu diesen Gerüchten
erklärt, die Polizei sei schnellstens allen Mitteilungen und
Hinweisen nachzugehen, hätte aber nirgendwo irgendwelche
Versammlungen entdecken können, auch die Gerüchte, daß
einige Landvolkgenossenschafts Kraftwagen angehalten
würden, hätten sich als falsch erwiesen. In Berlin ist in
den letzten Tagen das Regierungsviertel besonders ge-
sichert worden. Die Polizei hat sich dazu entschlossen, um
bei der bestehenden Verhältnisse jegliche Gefahr für die
Sicherheit des Regierungsviertels zu beseitigen.

Waffenfunde in Hamburg.

Die Hamburger Polizei ermittelte, wie amtlich
mitgeteilt wird, in einem Hinterhaus der Brüderstraße
das Büro der Gauleitung des verbotenen Roten Front-
kämpferbundes. In einem getrennten Zimmer des
betreffenden Hauses hatte sich die Gauleitung des Reichs
Kampfbundes des Roten Frontkämpferbundes ein Büro
eingerichtet, das von der Polizei ausgehoben wurde. Das
in dem Zimmer befindliche Inventar wurde nach dem
Stadthaus geschafft. Die gesamte Kampfbuchführung
und Mitgliederkartei wurde beschlagnahmt. Außerdem
wurde eine große Menge Schriften militärpolitisch hoch-
verräterischen Inhalts gefunden. Koppel, Schultze, Kopp,
Kampfführer, Kampfen, Armbinden in großen Mengen
und Zehntausende von Abschieden des RFB, konnten beschlagnahmt
werden.

Somit wurde ein umfangreiches Beweismaterial für
den illegalen Fortbestand des RFB, zusammengetragen.
Die Leiter des Büros sind der Polizeibehörde bekannt,
können aber im Interesse der Untersuchung nicht genannt
werden. Die Zahl der bei der Durchsuchung im Hinter-
haus gefundenen Revolver und Pistolen hat sich auf
24 erhöht.

Strengerer Vollzug der Zuchthausstrafe.

Amlich wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit den
Maßnahmen des Reichs gegen den politischen Terror ist
eine schon seit längerer Zeit vorbereitete, auf dem Gebiete
des Strafvollzugs liegende Reformarbeit zum Abschluß
gebracht worden. Die Reichsregierung veröffentlicht im
Reichsgesetzblatt eine Vereinbarung der Landesregierungen
über den Vollzug der Zuchthausstrafe.

Künftig soll es keinen unbeaufsichtigten Stabausgang
mehr geben, und die bisher sehr ausgedehnte Bewegungs-
freiheit der Gefangenen innerhalb der Anstalt wird in den
schwierigsten Beschäftigungszeiten und der Verhütung der
Sakräume während dieser Zeit eingeschränkt werden. Wäh-
rend der übrigen Tageszeit soll ein Hofraum nur ver-
schlossen werden, wenn es die Ordnung oder Sicherheit
erfordert.

Die neuen Grundzüge werden die Landesregierungen
gemäß der Vereinbarung innerhalb von drei Monaten
seit der Bekanntmachung zur Durchführung bringen.

Selbstschutz in Braunschweig.

Das braunschweigische Staatsministerium hat die
Verordnung unterzeichnet, die die grundsätzliche Anwei-
sung an die Landespolizeibehörden für die Einrichtung
eines Nationalen Selbstschutzes enthält. Die Ausführungsbestimmungen sind noch in
Vorbereitung.

Amnestie eines höheren Polizeioffiziers in Braunschweig.

Braunschweig. Polizeioberleutnant Albrecht ist nach
einer Verfügung des Staatsministeriums mit sofortiger Wir-
kung seines Dienstes entbunden worden, da gegen ihn ein
Disziplinarverfahren anhängig gemacht wurde. Polizeiober-
leutnant Albrecht wurde vor einiger Zeit mit kommissarischen
Dienststellen bei der Polizei in Wolfenbüttel betraut
und zu diesem Zwecke bis auf weiteres aus der braunschwei-
gischen Schutzpolizei entlassen. Nach den Urteilen in Wolfen-
büttel wurde dieser Urlaub rückgängig gemacht und Albrecht
nach Braunschweig zurückgeführt. Sein Verhalten während
der Urteile wurde beanstandet.

Ausbau des Arbeitsdienstes

Der Reichskommissar für den freiwilligen Arbeits-
dienst hat seit der Verkündung am 16. Juli 1932
ermittelt, welche tatsächlichen Ergebnisse bekannt sind. Danach
ist die Zahl der beschäftigten Arbeitsdienstwilligen von
70 000 Anfang Juli bereits bis Anfang August um etwa
25 000 gestiegen. Nach den Absichten des Reichskommissars
soll die Zahl der Arbeitsdienstwilligen innerhalb kürzester
Zeit noch vor Eintritt des Winters zunächst auf rund
200 000 gesteigert werden.

Diese Steigerung setzt eine planmäßige Er-
fassung aller für den freiwilligen Arbeitsdienst in Be-
tracht kommenden Arbeitsmöglichkeiten voraus. Der
Reichskommissar hat daher wegen der Bereitstellung von
Arbeitsmöglichkeiten Verhandlungen mit den in Frage
kommenden Verwaltungsbehörden und gemeindlichen
Ehrenverbänden aufgenommen und sie zur kräftigen
Mitwirkung aufgefordert. Von anderen Stellen ist ihm diese
Stufe und Mitarbeit bereitwillig zugesagt worden. Auch
mit den großen gemeinnützigen Verbänden und Vereini-
gungen, die neben den öffentlichen Körperschaften als
Träger der Arbeit in Betracht kommen, ist der Reichskom-
missar weitgehend in Fühlung getreten. Ebenso sind be-
stimmte Verhandlungen mit den Kreisen der Wirtschaft in den
nächsten Tagen in Aussicht genommen. Gleichzeitig hat
der Reichskommissar die Bezirkskommissare angewiesen,
von sich aus alles zu tun, um Arbeitsmöglichkeiten zu be-
schaffen, enge Fühlung mit allen Reichs-, Landes- und Ge-
meindebehörden zu halten und auf diese Weise eine zwar
unbürokratische, aber doch planmäßige Durchbringung der
Arbeitsmöglichkeiten größerer Bezirke zu sichern. Durch-
sichtige Vertretung und Förderung aller beteiligten Stellen
und Verbände sollen vernünftiger Beziehungen und un-
nötige Verwaltungsarbeit beseitigt werden.

Die Bemühungen des Reichskommissars richten sich
zunächst auf die sofortige Zuerkennung von Arbeits-
möglichkeiten in den nächsten Monaten. Darüber hinaus sollen schon jetzt Vor-
bereitungen getroffen werden, um im kommenden Früh-
jahr, sobald es die Witterung nur irgendbittig gestattet, die
Arbeitskräfte im freiwilligen Arbeitsdienst auf breiter
Grundlage aufzunehmen.

Devienfchiebung in Kafel aufgedekt.

Eine Zenoitpiftin verhaftet.
Der Kafeler Devienfberwachungsstelle beim Landesfinanzamt gelang es, eine reichhaltige analetische Devienfchiebung aufzufinden, bei der es sich um Werte von über 100.000 Mark handelt. Die Schiebungen wurden von zwei Kaufleuten aus Leipzig und einer Zenoitpiftin beanagt.

Die beiden Kaufleute reisten mit der Zenoitpiftin in die Schweiz, wo sie in größerem Umfange die analetische Wertpapiere aufkauften. Die analetische Devienfchiebung betrug 10 bis 15 Prozent unter Wert zu kaufen wurden, die dann über die Grenze gegen Schmuggel wurden. Auf einer Rundreise durch die arbeitsreichen Gegenden Deutschlands, so in Leipzig, Berlin, Waburg, Hannover, Köln und Frankfurt, verfuhr man, die Wertpapiere bei Privatbanken abzukaufen.
In Kafel ereilte die Devienfchieber das Schicksal. Bei einem Versuch der Flucht wurde die Zenoitpiftin verhaftet. Die beiden Kaufleute hatten sich bereits in der Schweiz in Sicherheit gebracht.

Die zerkörenden Mächte der Weltkrise.

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Genf.

Zur Tagung des Ökumenischen Rates für protestantische Christen im Jahr etwa hundert führende Persönlichkeiten der protestantischen, der anglikanischen und der griechisch-orthodoxen Kirchen in Genf eingetroffen, um unter Vorsitz des englischen Bischofs von Chichester die auf der Stockholmer Weltkonferenz begonnene Einigungsarbeit der Kirchen fortzuführen. Der Vollversammlung ging eine Sondertagung der europäischen Ökumenen voraus, die von dem Präsidenten des Deutschen Ökumenischen Kirchenrats Dr. Dr. Kasper geleitet wurde.

D. Kasper wies in seiner Eröffnungsansprache auf die zerkörenden Mächte der Weltkrise hin, die die Grundlagen einer Jahrtausende alten Kultur ins Wanken gebracht hätten. Diese Kräfte habe nicht nur einzelne Völker, sondern die gesamte Menschheit erfasst. Deshalb seien die christlichen Kirchen aller Länder vor die Notwendigkeit gestellt, alle Kräfte ihrer weltlichen Eigenart gemeinsam die Aufgaben zu lösen, die ihnen durch die Weltnot gestellt würden.

Miflungener Puffchverfuch in Madrid

Aufstand gegen die Einkreislerung.

In Spanien ist überaus häufig ein Puffchverfuch von Anhängern der Monarchie unternommen worden. Mehrere Anführer verurteilt, in verschiedenen Gegenden der Stadt Ministerien und andere wichtige Gebäude zu besetzen. Überall sind die Aufständischen zunächst zurückgeschlagen worden.

In den frühen Morgenstunden verurteilt gleichzeitig etwa 50 bis 60 Leute, darunter einige Militärs des Hauptpostgebäude, weitere 100 Leute in das Kriegsministerium und eine dritte Gruppe in die Polizeidirektion einzudringen. Die im Postgebäude liegende Gendarmarie konnte die Aufständischen bis zum Eintreffen von Verstärkungen zurückzuschlagen. Später wurden 40 Mann festgenommen. Hinter dem Kriegsministerium kam es zu einer heftigen Schießerei, bei der 300 Schüsse gewechselt wurden. Der Aufstand auf die Polizei wurde mit Maschinengewehren zurückgeschlagen. Kleine Tante führten später vor den gerichtlich gebunden auf.

Der Polizeidirektor erklärt, daß es sich um eine Bewegung um neuen Diktator gehandelt habe. Der Aufstand sei jedoch gänzlich missglückt. Er fünf Leute, und zwar einen Unteroffizier, drei Soldaten und einen Zivilisten gefangen haben. Verhaftet wurden nach den ersten Meldungen ein General, mehrere Offiziere sowie der Herzog von Infantado.

Aber den Aufständischen werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Kommandant der Remontabteilung in Tetuan bei Marokko, der jetzt schwerwundert. Mittelmeister Silveira, wachte um 3.30 Uhr seine etwa hundert Soldaten und forderte sie auf.

gegen Republik und Regierung zu marschieren.

Andere Offiziere der Remontabteilung waren ebenfalls mit im Bunde. Die übrigen Offiziere, die sich den Aufständischen anschloßen, waren zum Teil solche, die ihren Abschied bekommen hatten und jetzt ihre Uniform unter der Abweilung trugen. In Madrid wickelt sich Verleib und Geschäften wieder um, doch bilden sich Gruppen von Republikanern, die bereit die Verfassung beschreiben und Verleibungsmaßnahmen fordern. Die sozialistischen Gewerkschaften wollen unter Umständen mit dem Generalstreik drohen. Die Regierung plant scharfe Gegenmaßnahmen sowie Beschränkungen der Pressefreiheit, Verleibungsverbote für Monarchisten usw.
In Barcelona wurde in der Nacht ein Puffch erzwungen, weshalb die Wachen verurteilt wurden waren. Eine Abteilung des Kavallerieregiments, das in Alcalá, 30 Kilometer von Madrid entfernt, in Garnison liegt, rebellierte ebenfalls und machte sich auf den Weg nach der Hauptstadt, lehnte aber bald wieder um.

Die aufständischen Truppen in Sevilla haben sich, neueren Meldungen zu Folge, bereits den Regierungstruppen ergeben. Der Führer der Aufständischen ist geflohen.

Die Bedingungen für Hitler.

Die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung haben begonnen. Obwohl eine Entscheidung noch nicht gefallen ist, kann nach dem Willen des Reichspräsidenten die neue Regierung immer nur eine „überparteiliche Präsidialregierung“ sein. Falls die Uebernahme des Kanzlerpostens durch Hitler ernstlich in Betracht kommt, so sind sich die jetzigen verantwortlichen Stellen im Reich einig darüber, daß die Uebernahme nur zu folgenden Bedingungen erfolgen könnte:

1. Ueberparteiliche Charakter eines Kabinetts-Hilfer, d. h. Erhaltung des jetzigen Kabinetts, in dem nur einige Veränderungen eintreten;
2. Unbedingte Garantie für die Verfassungsmäßigkeit;
3. Garantien dafür, daß die zur Regierung berufenen Kräfte jede Ungleichheit ihrer Anhänger zu verhindern bereit und in der Lage sind, d. h. daß sich keinerlei Terrorfälle wiederholen, wie sie sich seit der Reichstagswahl in ununterbrochener Folge ereignet haben;
4. Beachtung aller staatlichen Grundgesetze, die die Machtmittel des Staates — Reichswehr und Polizei — genau festlegen und damit Verzicht auf alle Pläne, einseitig parteipolitisch orientierte Organisationen wie die SA und die SS als Hilfspolizei zu verwenden.

Die Olympischen Spiele.

Wuh erkrankt! Die deutsche Olympiapartition ist um eine Hoffnung ärmer. Der Berliner, der als ausführender Bewerber im Einzel galt, erkrankte mit seinem Trainer Sallmann an Grippe. Mit Wogellen zusammen will er aber im Doppelwettbewerb starten.

Bei den Vorläufen des Zweier mit St. kam der Berliner HC mit 7:09,2 als Zweiter hinter Italien (7:06) ein und qualifiziert sich damit für den Endlauf, den diese beiden mit Polen und USA bestreiten. Im Einzel hat nach der Entscheidung von Wuh der Australier Pearce natürlich nichts mehr zu schlagen.

Die Spanier konnten im Schwimmen einen neuen Triumph feiern. Die 4x200-Meter-Krautfraße gewannen sie in der geradezu überhöhten Weltrekordzeit von 8:58,4 vor USA, 9:10,5 und Ungarn 9:31,4. Das 200-Meter-Brustschwimmen sah die Australierin Dennis in 3:06,3 mit mehr als hundert Vorprung vor der Japanerin Maehata (3:06,4) als Siegerin.

Im Endlauf der 400-Meter-Krautfraße sind ein Europäer: Tait, ein Amerikaner: Crabbe und drei Japaner: Yoshizawa, Ohyoto und Shimamoto.
Gleaser Holm blies ihrem eigenen Weltrekord über 100 Meter Hüden bereits im Vorlauf mit 1:18,3 das Lebenslicht aus.

Im Wasserballspiel bot die deutsche Mannschaft wieder eine schwache Leistung. Gegen USA spielte sie unentschieden 4:4, wodurch sie sich wahrscheinlich um die silberne Medaille gebracht hat.

Das Vorturnier begann am Dienstag unter Beteiligung von 16 Nationen mit 85 Vornern. Die Deutschen Spannaugel, Camp und Stark konnten sich in ihren Gewichtsklassen durchsetzen; ihre ersten Gegner wurden überlegen nach Punkten besiegt.

Im Sechskampfbereich liegt die Deutsche Wehr nach wie vor im Gesamtlage am dritter Stelle.

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Die Steuerpflichtigen werden gebeten, die Hauszins-, Staats- und Gemeindegeldernormensteuer für den Monat August bzw. für das Vierteljahr Juli/September 1932, die Gewerbesteuer vom Ertrag und vom Kapital, sowie die Grundsteuer für das Vierteljahr Juli/September 1932, den Landwirtschafstammerbeitrag, den Beitrag zur Seiden- und Gewandwebereiverbands-Gewerkschaft und den Sandwerstammerbeitrag für 1932 bis zum 15. d. Mts. an unsere Gemeindekasse zu entrichten.

Für Zahlungen nach dem 15. ds. Mts. werden die gesetzlichen Verzugszuschläge, die z. Zl. 7,5 % für jeden angefangenen halben Monat betragen, erhoben.
Annaburg, den 10. August 1932.

Der Gemeinde-Vorstand.

Locales und Provinzielles.

— Annaburg. Die Auszahlung der Zufahrtene durch die hiesige Gemeindekasse erfolgt am Montag, d. 15. Aug. 1932 von 16 bis 17.15 Uhr.

Daufhagen, 9. August. (Zwischen der Zeit.) Nachdem schon längere Zeit Verhandlungen über eine Renoverierung oder einen Neubau des Schulgebäude geführt wurden, konnte jetzt im Auftrage des Konfessionsrats mit den Arbeiten begonnen werden. Mehrere Erwerbslose der hiesigen Gemeinde hatten sich bei Beginn der Arbeiten eingefunden, in der Hoffnung, bei den Arbeiten Verwendung zu finden, es konnte aber nur noch einer angenommen werden, und zwar wurde dieser durch das Loos bestimmt. Ein eiskühleres Zeichen unserer Zeit!

Torgau, 9. Aug. (Die Elbbrücke schwannt.) Auf Veranlassung des Preussischen Wasserbauamtes Torgau wurden besondere, einschneidende Bestimmungen für die Befahrung der Elbbrücke mit Kraftfahrzeugen erlassen, da die Brücke in ihrem jetzigen Zustande dem gesteigerten Verkehr nicht mehr standhalten droht. Schon jetzt bei dem eingeschränkten Verkehr sind starke Schwankungen der Ueberbauten erkennbar.

Eine Verklärung der Brückenüberbauten ist bereits in Aussicht genommen und soll ausgeführt werden, sobald die hierfür erforderlichen Mittel vom Preussischen Handelsministerium zur Verfügung gestellt werden.

Fernerswalde. Der Abriß des alten Kirchturms hat nunmehr begonnen. Zuerst werden mit einem Flächenzug die alten Wände, die teils ein ehrwürdiges Alter bezeugen, abgenommen. Der alte Turm hatte im Juli ein Alter von 160 Jahren erreicht, während dessen Vorgänger nur einige 30 Jahre der Uebernahme gebietet hatte, wie aus den bereits geborgenen im Turmnaul befindlichen Urkunden hervorgeht. Der Bau des neuen Turmes wird unerzählich nach dem Abriß des alten begonnen. Die Baumaterialien, Steine und Sand, sind schon angefahren, z. T. von den Gehilfen der Gemeinde.

Fernerswalde. Beim Strohschneiden rufte hier ein junger Mann zu unglücklich aus, daß er mit dem Anie in eines der schweren Messer fiel. Er zog sich eine sehr erhebliche Verletzung zu, jedoch er ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte.

Krien. Ein bei einem hiesigen Landwirt bedienstetes Mädchen wurde auf der Koppel von einem Ferkel geschlagen. Die dabei erhaltene Verletzung war so schwer, daß die Ueberführung des Mädchens in das Torgauer Krankenhaus nötig war.

Schweinitz, 10. Aug. Feueralarm schreute heute nacht gegen 1 Uhr die Bewohner aus dem Schlaf und lief die Feuerwehr nach dem auf dem Forsthof gelegenen Anwesen des Landwirts Gierich. Dort war in der Verflucht des Schwiegersohns ein Brand ausgebrochen, der auch auf die darunterliegende Scheune übergriff, in der gestern abend der geerntete Hafer gedroschen wurde. Beim Eintreffen der Feuerwehr schlugen die Flammen bereits zum Dach hinaus. Die Vögelarten gestalteten sich äußerst schwierig, indem das daneben liegende alte Fließ total verflammt war und so zum Teil Wasser mangel herrschte. Trotzdem gelang es, ein Uebergreifen des Feuers auf die angrenzende Scheune des Landwirts Unger noch zu verhindern. Die brennenden Gebäude wurden bis auf die Umfassungsmauern eingestürzt, dagegen konnte das Vieh gerettet werden. Vollständig vernichtet sind jedoch die ungedroschenen Vögelvorräte. Nach etwa zweistündiger Arbeit war das Feuer auf seinen Zorn beschränkt. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist bisher nichts bekannt geworden.

Belgern. Sitzung der Amts- und Gemeindevorsteher. Auf Einladung von Bürgermeister Zeidler hatten sich die Amts- und Gemeindevorsteher der zum Amtsgerichtsbezirk Belgern gehörenden Ortschaften hier zu einer Versammlung eingefunden. Auch Landrat Wehr nahm daran teil. Laut ministerieller Verordnung soll das hiesige Amtsgericht Ende September d. Js. aufgehoben werden. Bürgermeister Zeidler gab an Sand vorhandene Altematerials bekannt, daß er seit Anfang Dezember 1931 Schritte unternommen habe, um Belgern sein Amtsgericht zu erhalten. Jetzt soll beantragt werden, daß Belgern das Grundbuchamt behält und der jetzige Bezirk des Amtsgerichts Torgau angehörlig wird, nicht aber alle Teile des Amtsgerichts Müllberg. Das Oberlandesgericht hat bereits die Abhaltung von zehn Gerichtstagen jährlich in Aussicht gestellt. Die Vertreter der Gemeinden erklärten sich durch Unerlöschtheit mit den von Belgern beabsichtigten Maßnahmen einverstanden. Der jetzige Amtsgerichtsbezirk, der älteste im Kreise, zählt in 18 Ortschaften 6700 Einwohner.

Dahme. Hier hatten sich Kinder an einen Wagen gehängt und gerieten dabei beim Wippringen in eine entgegenkommendes Auto. Ein Knabe wurde zu Boden geschleudert und mußte dem Krankenhaus in Zitterbog mit einem Beinbruch zugeführt werden.

Schafewitz. (Schweres Autounfall.) Ein Ingenieur aus Bitterfeld geriet mit seinem Kraftwagen beim Ausweichen auf den Sommerweg, wobei sich der Wagen quer zur Straße stellte und gegen eine kleine Brücke fuhr. Er stürzte dann seitwärts um und begrub ein Eisenrohr, welches zufällig mit dem Fahrbahn die Stelle passierte, unter sich. Mit schweren Verletzungen brachte man die beiden Leute in das Krankenhaus in Bitterfeld.

Heringsen (Helme). Bürgermeister Werner wurde am Montag früh verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt. Die Verhaftung erfolgte auf Anordnung des Amtsgerichts Stendal, wo Werner vor seiner Tätigkeit in Heringsen gemerkt hat und nicht sich auf die §§ 267/68 St.G.B. schwere Urkundenfälschung. Gegen Bürgermeister Werner, der der S. B. D. angehört, wird schon seit geraumer Zeit in der Öffentlichkeit der Vorwurf erhoben, daß er sein Amt in Heringsen nur durch Vorpiegelung falscher Tatsachen und Verlegung falscher Papiere erworben habe. Die Angelegenheit ist übrigens auch Gegenstand einer kleinen Anfrage im Preussischen Landtag.

Mühlbeck. Drei Kinder beim Drahtentlegen verunglückt. Am Sportplatz der Berliner Straße hatten einige Kinder ihren Draht entlegen lassen, zu dem sie sich Schür Alingelungsbedroh verwardt hatten. Der Draht geriet in die Hochspannungsleitung, eine Elchflamme schoß herab und verbrannte 3 Kinder schwer am Kopf und an den Händen.

Kino-Schau.

Das Palast-Theater bietet uns diese Woche ein ganz hervorragendes Programm, eine große angelegte Familienkomödie „Die Junges“ wird dargestellt von einem kleinen zweiten Jacco Coogan, der kleine Hans Feiler, der Vater Herr Friedrich Feiler führt Regie und hat die musikalische Leitung. Richard Zalmagade in seinem neuen und letzten Film „Der Klub der Besessenen“ verurteilt den Abend.

Lichtspielhaus. Auf das in dieser Woche zur Verfügung kommende Doppelprogramm sei auch hier hier hingewiesen. In vollständigen Einheitspreisen 30, 50 und 70 Pf. wird hier ein Programm geboten, wie es spannungstreuer seit langem nicht über die Leinwand ging. (Siehe Zierkat.)

In meinem
Saison-Schluss-Verkauf
billige Kinderkleidung
für das Kinderfest!

Kinderkleider von 85 Pf. an
Kinderschlüpfer von 28 Pf. an
Kinderstrümpfe von 28 Pf. an

Sporthemden, Polobluken,
Hosen, Hosenträger, Gürtel,
Sport-Strümpfe, Unterröckchen,
Strumpfhaltergürtel,
Haarschleifen, Taschentücher

Kleiderstoffe, einfarbig u. in schönen Mustern

Emil Bortfeld

Besichtigen Sie bitte meine Schaufenster!

Straßenperrung i. Amtsbezirk Annaburger Heide

Die Straße **Annaburg - Jüttsdorf** wird wegen Anfränkungsarbeiten bis auf weiteres gesperrt.
Umleitung: Dritter Hügel - H-Weg.
Der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde.

Die in Nr. 60 der Annaburger Zeitung erlassene Verfügung nehme ich hiermit mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Albert Polster,
Friedhofstr. 16.

Gonnabend auf dem Markt
empfehle prima
Kuchenäpfel,
Eingelegte Gurken,
Kartoffeln und
anderes Gemüse
billig. **Adam Ort.**

Ba. Gauertrisch
a. 20 Pf.
u. Johannisbeeren
a. 20 Pf. 12 Pf.
zu verkaufen.

L. Glow, Jessen,
Annaburger Str.
Miefenspörgel
(Küchlich)
Herbstrüben
Beluschten
Widen
Infarnattklee
Serabella
Senffamen
empfeicht

J. G. Fritzsche.
Briefordner
Schnellhefter
Stempelfarben
Stempelkissen
Durchschlag- und
Kohlepapier
zu haben bei
Herm. Steinbeiß

Mein
Saison-Schluss-Verkauf
endet nicht Sonnabend, d. 13. Aug., sondern
heute **Donnerstag, d. 11. August!**

Zum Ende des Schluss-Verkaufs bietet sich ganz
besonders billige Kaufgelegenheit

für das Kinderfest!

Kleiderstoffe in Wasch-Runkelheide, moderne Druckmuster 0.49 M.
Wollmuffeln 0.95 M., Selenit 1.18 M.
Knaben-Sport- und Krautwatten-Hemden
Knaben-Pullover, mit und ohne Kemerl

Schlüpfer
Unteröde
Hemden
Taschentücher
Schleifenband

Polo-Hemden
Oberhemden
Einfachhemden
Selbstbinder

von 0.25 an
Extra-Angebot in Herren-Weekendhemden
in guter Konfektion mit Krawatte 2.50 M.

Damen- und Herren-Konfektion bis 50% herabgesetzt!

Strümpfe für Kinder - Damen-Strümpfe - Herren-
Socken in großer Auswahl zu enorm billigen Preisen!

Ernst Pesecke, Aderstr. 16

Das Haus der guten Qualitäten!

Zwangs-Versteigerung.

Am 12. August 1932, vorm. 11 Uhr, versteigere ich öffentlich meistbietend gegen Barzahlung im Gasthof zum goldenen Ring in Annaburg: 1 Schweiß-Apparat, 1 Herrenfahrrad, 1 Radioapparat.
In Pfloßig um 15 Uhr: 1 Hobelmaschine.
Linde, Gerichtsvollzieher in Prettin.

Fahrrad-Decken von 1.10 M. an
Fahrrad-Schläuche von 0.58 M. an
Gieger-Ballonräder v. 50.- M. an
Opel-Ballonräder von 68.- M. an
Lorenzräder 47.75 M.

Elektrische Beleuchtungen:
Verto-Lampe } mit Dynamo je 12.50
Woh-Lampe }

Annaburger Fahrrad-Zentrale
Maria Stein.

Zentrifugen
Buttermaschinen
Waschmaschinen
Wringmaschinen
Kartoffeldämpfer
Kartoffelquetschen
Badewannen

Alle Reparaturen und Ersatzteile!

Fritz Rödler, Fernruf 253

Zu enorm herabgesetzten Preisen!

empfehle:
Woll- und Waschmulline,
Zephir, Seiden-Leinen,
Ripfe, Sport- und Wochen-
endhemden, Kinder-Kleider
von 1.- M. an, Damen-
Strümpfe, Herren-Socken,
Hosenträger u. Sockenhalter
Seb. Schimmeyer

Zum Schulfest!
Zahnen und Lampions,
Fackelstäbe empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhdlg.

Reste-Tage!

Die willkommenen Kaufgelegenheit für
jede Dame. Große Vorken Reste
und Abchnitte werden fabel-
haft billig verkauft.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster!

Carl Quehl

Jetzt die delikaten, fetten
Voll-Büchlinge

Nr. nur 33 Pf.

Tafel-Margarine Wfd. 28 Pf.
Cocosfett Wfd. 36 "
Speise-Öl Wfd. 32 "
Bratheringe 2 Pfd. Dole 52 "
Brat-Rollmons 2 Pfd. D. 68 "
Seelachs-Schnitzel Dole 58 "

5 Prozent Rabatt!

J. Köhlig's Nachf.

Inh.: Martha Müller, Wälsnitz.

Kaffeefiltrierpapier „Melitta“
(geschnitten, in Kartonpackung), empfiehlt
Herm. Steinbeiß, Papierhandlung

Palast-Theater
Freitag bis Sonntag 8 1/2 Uhr:
Magda Sonja und ihr Kind Hans Feher in dem
erschütternden Tonfilm:

„Ihr Junge!“

Ein wunderbarer Tonfilm. Wie ein Junge seine Mutter suchte, als er sie fand, war sie tot.
Liebster - du bist so fern, Liebster - ich denk an dich, Liebster - ich träum von Dir, Liebster - ich wart auf Dich - und mein Herz weint still . . .
„Der Klub der Beseffenen“
Ein Film von Gensperfern und ähnlichen Ruchlosen mit dem allseits beliebten **Richard Talmadge.**

Sigella-Wop

Böhrnerwachs
feinsten Tanzhaal-
Spritzwachs
Möbelpolitur
Wopöl löse und in
Flaschen, empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Rechnungshefte
Quittungshefte
Wechselhefte
Notizbücher
Notizblöcke
Vierjahresbücher
Reisebücher
Kontobücher
empfeicht
Herm. Steinbeiß,
Papierhandlung.

Neue Bollheringe

große Stück 10 Pf.,
kleine 10 Stück 35 Pf.

Ba. Zeit-Büdlinge

Wfd. 50 Pf., empfiehlt
J. G. Fritzsche.

Eintrittsblöcke
Garderobenblöcke
sind wieder vorrätig.
Herm. Steinbeiß.

Preisabbau!
Die neuesten Herbst-
Modelle eingetroffen.

Anfertigung: Kleider von 6.- M. an,
Kostüme 25.-, Mäntel 20.- M.
im **Damen-Moden-Salon**

A. Paul, Markt 19.

Uhrmacher Robert Meißner

Annaburg, Mittelstr. 28
(vormals Kühne)

eröffnet sein Geschäft
am 15. August 1932
Spezialist für Armband-Uhren.

Am 14. und 15. ds. Mts. findet in Jessen
das allbeliebte

Heimat- und Schulfest

statt. Für den Weien des Festes entsprechende
Unterhaltungen und die nötige Verpflegung
ist reichlich gesorgt.

Die alten Freunde des Festes und neue Gäste
werden herzlich dazu eingeladen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht,
daß am Sonntag
großes Feuerwerk
stattfindet.

Jessen (Eiser), den 6. August 1932.
Der Festausschuß, Dr. Drews.

Drucksachen jeder Art

werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Lichtspielhaus (Neue Welt).

Freitag, Sonnabend, Sonntag 8 1/2 Uhr:
Zu vollständigen Eintrittspreisen 30, 50, 70 Pf.
ein großes Sensations-Doppelprogramm:

„Die Insel der Berschollenen“!
„Marco, der Todeskandidat“!

Spannung - Tempo - Sensationen sind die Merk-
male dieses Programms, dessen atemberaubende Ere-
ignisse mit furorensen Tempoo ohne Unterbrechung
anhalten.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Hausbesitz und Handwerk.

Wohnungsbaugewirtschaft — darauf paßt nur allzu treffend das Wortwort: „Der ganze Menschheit Jammer laßt mich an!“ ...

Es ist er doch immerhin ein Anfang und bedeutet fast das Bauhandwerk eine gewisse Gleichrichtung in ihrer heute hoffnungslos erscheinenden Lage. ...

Arbeitslosigkeit für 1,5 Milliarden.

Der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzvereine nahm auf seiner Tagung in Hamburg folgende beachtliche Entschlüsse an: ...

1. Für die Instandsetzung und Modernisierung des Hausbestandes sowie für Aufstellung von Großwohnungen ...

Unter diesen Voraussetzungen erklärt sich der deutsche Hausbesitz bereit, eine umfangreiche Instandsetzungsarbeit in ganzen Reichsbetrieben durchzuführen. ...

Was vermag der freiwillige Arbeitsdienst?

Staatssekretär Grieser im Rundfunk. Der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Grieser, sprach im Rundfunk über die Durchführung des freiwilligen Arbeitsdienstes. ...

Grundstück in den Verband aufgenommen. Die Genossenschaft läßt durch Fraktion die Entlohnungsplan entwerfen und einen Kostenanschlag aufstellen. ...

Arbeitsdienstes

Am freiwilligen Arbeitsdienst fehlt, um bei dem erwähnten Beispiel zu bleiben, der Kapitalaufwand von 125 auf 50 Mark für ein Sektar Wiesengrund. ...

nicht weniger als 36 und nicht mehr als 40 Stunden in der Woche dauern.

Die Förderung kann allerdings zwei Mark für den Tag nicht übersteigen. Man rechnet davon 100 bis 120 Mark auf Verpflegung und Unterkunft, 50 Prozent für Taschengeld und Rest für sonstige Bedürfnisse. ...

Der 21. Deutsche Feuerwehrtag in Karlsruhe.

Danzig als nächster Tagungsort bestimmt.

In Karlsruhe in Baden wurde vom Landesbranddirektor Edler v. Wünnenberg die Hauptversammlung des 21. Deutschen Feuerwehrtages, mit dem eine Feuerwehrrückstellung verbunden ist, eröffnet. ...

Generalpostal Menginger. Als Ausdruck besonderer Ehrung überbrachte er im Auftrage des Reichspräsidenten des Deutschen Reiches dem Reichspräsidenten Wilhelm den Willkommensgruß des Hauptverbandes des silbernen Grenzschutzes. ...

ein Vortrag über den zivilen Luftschutz. Er forderte bringend den Ausbau des passiven zivilen Luftschutzes, da uns ein aktiver Luftschutz nicht zuzurechnen worden sei. ...

Schluß der Inseratenannahme

vormittags 8 Uhr.

Nur die Eine

Von Gert Rothberg.

82. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Wenn man endlich würde, Karl“, sagte er wehmützig. Karl Examin hand beifolgend da. ...

Frau von Wentendorf packte mit der Wamsell einen riesigen Korb voll guter Sachen. Ein entzückendes Tauffeldchen mit blauen Schmetterlingen wurde beschifft gang obenauf gelegt. ...

„Elisabeth, auch du wirst so glücklich sein wie ich. Hab nur noch ein Weibchen Gebud.“ Elisabeths Hand streifte über das dunkle Wuschelhaar. ...

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgelegt.

Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Organspreiss, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streich, Vertriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Telegraphen-Anschluß Nr. 224.

Amliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für außerhalb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig. Umrahmte, Schmuck- und tabellarischer Satz mit Aufschlag.

Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsstelle.

Nr. 96.

Donnerstag, den 11. August 1932.

35. Jahrg.

Wer wird Reichskanzler?

Adolf Hitler oder von Papen

Die Terror-Notverordnung erlassen — Monarchistischer Putsch in Madrid und Sevilla

Die Beratungen bei Hindenburg.

Mit der Ankunft des Reichspräsidenten in der Weimarer Republik richtete sich die ganze Aufmerksamkeit der politischen Welt auf die Verhandlungen über die Umbildung der Reichsregierung. Wenige Stunden nach seiner Ankunft in Berlin am Mittwoch in der Frühe hat Hindenburg den Reichskanzler zum Vortrag erzwungen. Herr von Papen erstattete den Bericht über die gesamte politische Lage, vor allem aber über die bisherigen Verhandlungen wegen der Regierungsumbildung. Dabei fanden namentlich die Forderungen der Nationalsozialisten im Vordergrund. Herr von Papen war tags zuvor durch Reichswehrminister von Tschammer, der in der letzten Tagen mit Hitler verhandelt hatte, über die Wünsche und Forderungen der NSDAP unterrichtet worden. Der Reichspräsident hat in der entscheidenden Unterhaltung mit dem Kanzler seine Einstellung zur Regierungsumbildung dargelegt.

Mit dieser Besprechung des Kanzlers bei Hindenburg beschäftigte sich denn am Donnerstag das Reichskabinet in einer Sitzung, an der sämtliche Mitglieder der Regierung teilnahmen. Nach dieser Sitzung fanden neue Besprechungen beim Reichspräsidenten statt. Zu den Besprechungen des Kanzlers wurden auch Vertreter des Zentrums und der Deutschnationalen zugezogen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß entgegen der ursprünglichen Ansicht, auch der Reichspräsident Vertreter von Parteien empfangt. Allgemein nimmt man an, daß sich die Verhandlungen einige Tage hinziehen, und daß vor Ende der Woche keine Entscheidung fällt. Der Reichspräsident, der ursprünglich gleich nach der Befähigungsfeier wieder abreisen wollte, hat sich entschlossen, noch einige Tage in Berlin zu bleiben.

Über die augenblicklichen Auswärtigen der Verhandlungen gehen die Meinungen noch sehr auseinander. Immerhin kann man feststellen, daß die Meinung, Hitler werde schließlich doch als Kanzler kommen, an Boden gewonnen hat. Man stellt sich die Erwartung der Dinge so vor, daß Hitler vom Reichspräsidenten den Auftrag bekommt, ein von den Parteien unabhängiges Kabinet zu bilden. Man nimmt weiter an, daß Hitler drei Vertrauensleute aus seiner Partei in die Regierung hereinnimmt — es werden die Namen Gregor Strasser und Kampfmann Göring genannt —, und daß ihm über die bisherigen Persönlichkeiten der Regierung überlassen, nur bei anderer Verteilung der Ämter.

Das alles sind, wie gesagt, Meinungen politischer Kreise. Aber ein klares Bild der weiteren Entwicklung läßt sich noch nicht gewinnen, denn das letzte Wort hat der Reichspräsident, bei ihm liegt die Entscheidung.

Für eine überparteiliche Präsidialregierung

Die Verhandlungen des Reichskanzlers von Papen.

Das Reichskabinet trat am Mittwoch um 17 Uhr zu einer ausgedehnten Sitzung zusammen, die bis 19.30 Uhr dauerte. Eine amtliche Mitteilung über die Sitzung bzw. über die in der Sitzung gefassten Beschlüsse ist nicht erfolgt.

In quinterichtigten Kreisen unterrichtet man immerhin die Tatsache, daß die Entscheidung stärker denn je in der Hand des Reichspräsidenten liegt, der seinerseits angelehnt der gespanntesten Lage im Innern wie auch im Hinblick auf die Unmöglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsbildung nach wie vor auf eine überparteiliche Präsidialregierung Wert legt. Die nachfolgenden Verhandlungen des Reichskanzlers mit den Parteien werden daher auch in dieser Richtung liegen.

Nach für Mittwoch abend hat Reichskanzler v. Papen den deutschnationalen Parteiführer Dr. Hugenberg zu einer Besprechung gebeten. Donnerstag nachmittags empfing der Reichskanzler den Zentrumsabgeordneten Dr. Foss und den Staatspräsidenten Dr. Volk. Adolf Hitler wollte am Mittwoch noch nicht in Berlin. Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit dem Führer der NSDAP, erwartet man für Freitag vormittag.

Hitler fordert das Kanzleramt.

Die NSDAP, medelt ihre Forderungen an. Die Nationalsozialistische Parteiforenspondenz bringt unter der Überschrift: „Regierungsbildung gemäß dem Wahlergebnis oder erneute Sabotage des Volkswillens“ u. a. folgende Ausführungen: Auf Grund der Ermächtigung des Reichspräsidenten hat der Reichskanzler den Reichstag aufgesüß, nicht um sich die Verantwortung eines Präsidialkabinetts befähigen zu lassen, sondern ausdrücklich deshalb, weil die Zusammenlegung des Reichstages im Hinblick auf das fürnämliche Ansuchen der NSDAP, nicht mehr dem Willen des Volkes entsprach. Die Regierung von Papen, berufen zur Lösung einer sehtungsgrenzten Aufgabe, — nämlich der, den Willen des Volkes verfassungsmäßig festzustellen und damit die Voraussetzungen zu schaffen für eine Partei im Volk verantwortliche Regierung — stand am 31. Juli außerhalb der Disziplin.

Durch den Ausfall der Reichstagswahl ist der Wille des Volkes, der die nationalsozialistische Bewegung endlich in der Führung des Staates sehen will, erneut eindeutig festgelegt worden: das deutsche Volk hat dem bisherigen System seine vernichtendste Mißtrauen, dagegen der nationalsozialistischen Bewegung und ihrem Führer Adolf Hitler einen Beweis seines Vertrauens ausgesprochen, der in der heutigen Geschichte einzig dasteht.

Dieser überwältigende Vertrauensbeweis kann seinen verfassungsrechtlichen und politischen Niederschlag nicht in einer endlos zugespundenen unzureichenden Beteiligung an der Regierung finden, sondern nur darin, daß der Führer

der nationalsozialistischen Bewegung vom Reichspräsidenten zur Führung eines Reichskabinetts der Persönlichkeiten berufen wird, das der Stärke und Bedeutung der nationalsozialistischen Bewegung Rechnung trägt.

Parteipolitische Mißgunst und persönliche Schwächen über, die sich einer solchen dem Sinne der Verfassung entsprechenden Lösung entgegenstellen, sind, da, um zu werden u. n. d. n. zu werden.

Die Auffassung des Reichspräsidenten, den Charakter des Reichskabinetts als einer überparteilichen Regierung aufrechtzuerhalten, liegt durchaus auf der Linie der Auffassung der NSDAP, die keine Partei, sondern Volksbewegung im besten Sinne ist und seit ihrem Bestehen unerschütterlich für eine parteiübergreifende, aber im Volkswillen verwurzelte Regierung kämpft.

Jeder Versuch einer Regierungsbildung nach anderen als diesen organischen Maximen, die heute im Reich politisch durchführbar sind, betrachtet die NSDAP, als erneute Sabotage des erklärten Volkswillens, der ihr unerbittlicher Kampf gelten wird.

Göring über die Forderungen der NSDAP.

Saupmann Göring, der sich in Stöckholm aufhält, um das Grab seiner schwedisch geborenen Frau zu besuchen, erklärte einem Pressevertreter u. a.: „Wir haben die absolute und selbstverständliche Forderung erhoben, daß Hitler Reichskanzler wird. Außerdem ist es ja selbstverständlich, daß die Nationalsozialistische Partei im Verhältnis zu ihrer Stärke eine Reihe anderer wichtiger Posten der Reichsregierung belegen muß. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird General von Tschammer auch in einer Regierung bleiben, in der Hitler Kanzler ist, über von Papen kann man noch nichts sagen. Es ist falsch, wenn man behauptet, daß von Papen gegen die Nationalsozialisten feindlich gesinnt sei. Vermutlich wird von Papen an der neuen Regierung teilnehmen, doch nicht als Kanzler. Das Wort hat jetzt der Reichspräsident.“

Die Terror-Notverordnung

Die neue Notverordnung zur Bekämpfung des Terrors, die der Reichspräsident am Dienstagabend in Neubred unterzeichnete, bringt schärfste Strafandrohungen für politische Straftäter. Für die folgenden Straftaten:

Die Todesstrafe angedroht

Das geltende Recht stellt die Todesstrafe, der mit Überlegung töten, um Sprengstoff herbeizuführen, Mord, Leben verurteilt, der ohne Überlegung in der schärfsten politischen Kampfes, daß einen tödlichen Angriff auf seinen e, nimmt oder einen Polizeibeamten oder hörungen der Wehrmacht tötet.

Much der wird mit dem Tode u durch eine Brandstiftung, oder an gefährlichen Verbrechen den Tod eines urteilt.

Zuchthausstrafe nicht unter zehn trifft denjenigen, der eine schwere S lehung durch Anwendung einer Zuchthausstrafe einen tätlichen Angriff auf einen Polizeibeamten.

Die gleiche Strafe trifft alle, die rühr oder Landfriedensbruch d Weise betreiben.

Mit Zuchthaus wird künftig eine Reih taten bestraft, die bisher nur mit seichten S waren.

Alle aus politischen Beweggründen Körperverletzungen, wenn sie von mehreren, mit einer Waffe oder einem gefährlich verübt sind, stehen künftig unter Zuchthaus alle Gewalttätigkeiten, die mit Schusswaffen, und jeder tätliche Angriff auf einen Polizeibeamten, wenn er auch nur zu einer einfachen Körperverletzung geführt hat.

Zuchthaus ist ferner angedroht für die leichteren Fälle des Aufruhrs und des Landfriedensbruchs und, im Hinblick auf Vorkommnisse der letzten Zeit, für den aus politischen Beweggründen begangenen erschweren Hausfriedensbruch.

Um die neuen schweren Strafandrohungen mit Nachdruck zur Geltung zu bringen, hat die Reichsregierung für

diesjenigen Bezirke, in denen dafür ein Bedürfnis hervorgetreten ist, im Benehmen mit der zuständigen Landesregierung Sondergerichte errichtet.

Sondergerichte.

sind Gerichte des Landes. Sie wichtigsten Verfahren im Bestimmten unterworfen und ihrer Verurteilung rechtskräftig. Neben den durch die Präsidenten neu geschaffenen Sondergerichten grundsätzlich auch alle politischen Kampfe vorkommenden zugehören.

Die Bedeutung sollen jedoch in der Verfahren zugeleitet werden. Es strafverfahren Bestimmungen, Grund die Massen zu Gewalttätigkeiten aufzuregen.

von einer solchen Maßnahme mit den worden, daß § 11 der Verordnungen vom 14. Juni 1932 bereits drei Monaten für den androht, der tätigt gegen eine bestimmte Person oder anreizt. Es wird nachdrücklich, daß diese Strafandrohung, auch gegen die Presse, letzter Zeit in unverantwortlicher Hinsichtlich zur Anwendung gebracht

des Burgfriedens.

Notverordnung gegen den Terror unterworfen, in der die Verurteilung des politischen Burgfriedens bis Ende August angedroht wird. Die erste Verordnung für den Burgfrieden war vom 29. Juli und lief mit dem 10. August ab.

Reichsregierung gegen neue Amnestie.

In der Bevölkerung sind auch neuerdings von verschiedener Seite Forderungen auf eine umfassende Amnestie erweckt worden.

